

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 42

Mittwoch, den 10. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt!

Heereschiebungen in Magdeburg. Bürgerliche Blätter melden: Aus Furcht vor Strafe hat sich der Zeugfeldwebel Liebke von der Magdeburger Abwidelungsstelle des Artilleriedepots erschossen. Bei der Weiterleitung des von den abmontierten Geschützen gewonnenen Metalls wurden unter Beteiligung des Liebke umfangreiche Schiebungen ausgeführt. Mehr als 30 Personen kommen dabei in Betracht, von denen bereits einige verhaftet sind. Es handelt sich um Millionenwerte, die verschoben worden sind. Herausgelommen sind die Unregelmäßigkeiten durch einen an den Schiebergeschäften Beteiligten, der mit seiner Abfindungssumme nicht zufrieden war. — Bekanntlich sollten von Magdeburg seinerzeit ganze Bzüge mit Heeresmaterial nach dem Baltikum verschoben werden.

Univeritätsreaktion. Unser Frankfurter Bruderblatt, das *Volksrecht*, berichtet, daß vor einigen Tagen in der Frankfurter Universität ein Professor Julius Petersen in einem Goethe-Kolleg sagte:

„Die Tatsache, daß Marie Antoninette im Halsband-Prozess vor einem Tribunal gewöhnlicher Richter erscheinen mußte, war für Goethe ein Schlag ins Gesicht. Wir können das nach empfinden, wenn wir daran denken, daß unser Hindenburg und Ludendorff sich vor einem Cohn und Singheimer verantworten müssen.“

Mächtiges studentisches Beifallsgetrampel belohnte diese Unverschämtheit. Die Studentenschaft selbst nahm am Tage darauf in ihrer Versammlung Stellung zu folgendem Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen: 1. Das feindliche Ausland ergratet werden; 2. Daß am 27. Januar dem ehemaligen Kaiser die Frankfurter Studentenschaft ein Gratulationstelegramm sendet.“

Reifiger Beifall beantwortete die Verlesung dieser hofenmäßigen Stellung, die nur deshalb nicht zur Beratung gestellt wurde, weil die Geschäftsordnung die Diskussion politischer Fragen ausschließt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag auf Sinaus-schluß aller Studierenden, „feindlichen“ Ausländer.

Eine zarte Untertung. Die Rechtssozialisten sind bekanntlich gegenwärtig sehr in Ritten, wie sie ihre Herrschaft gegen die Reaktion von rechts aufrecht erhalten können. Zunächst erblicken sie ihr Heil wieder einmal in der „Einigung“ des Proletariats. Kuttner hat im *Vorwärts* kürzlich geschrieben, daß eine der ersten Forderungen des Einigungsprogramms die Auflösung der Reichswehr und Ersetzung durch eine Volkswehr mit selbstgewählten Führern sei. Hierzu schreibt die *Ostpreussische Zeitung*:

„Ob die Reichswehr sich eine Auflösung gefallen lassen wird, nachdem sie den bis an die Ähren in den Dred gefahrenen Regierungskarren flott gemacht hat, d. h. für Ruhe und Ordnung gesorgt, scheint uns sehr fraglich zu sein. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Reichswehr mehr als passiven Widerstand leisten wird.“

Man könnte sich also bei einer eventuellen Umbildung der Reichswehr durch die Gesetzgebung auf allerlei gefast machen. Aber darüber brauchen wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen: Es denkt kein Mensch in der Regierung an die Beseitigung der Freiwilligenhorden!

Daher die hohen Zuckerpreise! Wohl jede Hausfrau seufzt über die hohen Preise, welche für die notwendigen Lebensmittel gezahlt werden müssen. Von der Kapitalistenpresse wird die Preissteigerung mit den Lohnforderungen der Arbeiter begründet. Daß dem nicht so ist, erweist man aus dem Bericht der Generalversammlung der Zuckerraffinerie Braunschweig, welche in der Lage ist, 25 Prozent Dividende für das letzte Geschäftsjahr an die Aktionäre zur Verteilung zu bringen. Also die Aktionäre erhalten ein Viertel ihres eingezahlten Kapitals als Geschäftsgewinn eines Jahres zurückgezahlt.

Glandälse Verschwendung von Reichsgeldern. Deutschland befindet sich notorisch am Rande des Bankrotts. Das hindert aber die Regierung nicht, in der unvernünftigsten Weise öffentliche Mittel zur Befriedigung ihrer Großmannswürde zu verschleudern! So teilt *Bänklerpress*, das Preskureau der schwedischen linkssozialistischen Partei, mit, daß für die deutsche Gesandtschaft in Stockholm ein Palais angekauft wurde, das nicht weniger als 12 Millionen Mark (1.200.000 schwedische Kronen) kostet.

Damit der deutsche Gesandte in Stockholm recht luxuriös wohnen kann, müssen also die deutschen Proletarier bis zum Weißbluten Steuern zahlen. Oder glauben etwa die Leute um Cbert, moralisches Ansehen durch eine prächtige Hülle erlangen zu können?

Der Gipfel der Frechheit. Wie mitgeteilt wird, hat nach Schluß der Verhandlung der bloßgestellte Hauptmann v. Kessel dem Zeugen Pfarrer D. Rump eine Pistolenforderung unter härtesten Bedingungen überbringen lassen.

Anlageverfügung im Fall Helmhate. Wie die P. N. erfahren, ist die Anlageverfügung im Falle Helmhate vom Gerichtsherrn vollzogen. Die Anlagenurkunden sind dem Bellagten Hiller bekanntgegeben. Die Verhandlung wird beginnen, sobald die Verteidigung die Vorbereitung ihres Materials erledigt hat, vermutlich in etwa 3 Wochen.

Belgische Kriegsbeute. Wie die Brüsseler Zeitungen melden, ist ein Abkommen zwischen der englischen Armee und dem belgischen Staat getroffen worden, wonach alles vollende Material, das englische Kriegsbeute ist und sich in Belgien befindet, in den Besitz des belgischen Staates übergeht.

Garantiert den Reallohn!

Lohnkämpfe sind Machtkämpfe. Nach dem 9. November war die Macht der Arbeiterklasse groß genug, die Bourgeoisie so eingeschüchtert, daß die Arbeiterklasse eine erhebliche Verbesserung ihrer Wirtschaftslage durchsetzen und die Lohnhöhe halbwegs in Einklang mit der gestiegenen Lebenshaltung bringen konnte!

Seitdem ist eine völlige Aenderung eingetreten. Das Machtbewußtsein der Unternehmer hat sich außerordentlich gehoben. Die ganze bürgerliche Presse nimmt gegen die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten Stellung und behandelt jeden Streik als Hoch- und Landesverrat. Lange Zeit hat die rechtssozialistische Presse dasselbe getan, und die Regierung hat bei allen großen Lohnbewegungen der letzten Zeit eine Haltung eingenommen, die die Unternehmerschaft in ihrem Widerstand bestärkte. Das Kampffeld hat sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu Ungunsten der Arbeiterklasse verändert.

Gleichzeitig hat eine Entwicklung eingesezt, die die Kaufkraft des Lohnes immer mehr herabdrückt. Die fortschreitende Geldentwertung bedeutet eine fortwährende Preissteigerung aller notwendigen Lebensmittel. An eine Aenderung dieser Preissteigerung ist für die nächste Zeit nicht zu denken. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß unter dem Ansturm der Industriellen und Agrarier auch die letzten Reste der Zwangswirtschaft in kürzerer oder längerer Frist beseitigt werden. Bei der Mißwirtschaft in den Finanzen wird auch der Zeitpunkt kommen, wo die Milliarden, die vom Reich zur Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verwandt werden, nicht mehr aufzubringen sind. All das bedeutet, daß die Kosten der Lebenshaltung fortwährend und in raschem Tempo steigen werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse auf die Dauer außerstande ist, die fortschreitende Entwertung ihres Nominallohnes zu ertragen. Soll hier die nackte Lebensmittelmöglichkeit erhalten bleiben, so muß sich eine Anpassung der Arbeitslöhne an die jeweiligen Lebensmittelpreise vollziehen. Will man fortwährende wirtschaftliche Kämpfe vermeiden, so müssen eben Einrichtungen getroffen werden, die die Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise auf andere Weise bewirken.

Schon im Jahre 1909, als jene Preiserhöhungen sich bemerkbar machten, die man damals als *Teuerung* bezeichnete, hat *Dolff Braun* einen für diesen Zweck geeigneten Vorschlag gemacht. Der Arbeitslohn wird in zwei Teile geteilt: in einen festen und einen beweglichen Teil. Der feste Teil wird durch den Tarifvertrag für die ganze Vertragsdauer festgesetzt; der bewegliche Teil des Arbeitslohnes dagegen wird in kurzen Zeitabschnitten, z. B. jeden Monat oder jedes Vierteljahr, von neuem derart bestimmt, daß die Arbeiter um diesen Teil des Arbeitslohnes immer unveränderte Mengen Brot, Mehl, Fleisch, Fett, Zucker, Milch und Kohle kaufen können. Steigen die Preise der Lebensmittel, so wird der bewegliche Teil des Arbeitslohnes so erhöht, daß die Arbeiter ebensoviel von diesen Lebensmitteln kaufen können, wie früher bei niedrigen Preisen. Diese Erhöhung des Arbeitslohnes erfolgt ohne Lohnkampf auf Grund der im Tarifvertrag festgesetzten Regeln durch ein Tarifschiedsgericht. Auf diese Weise könnte den Arbeitern der Reallohn garantiert und von den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes unabhängig gemacht werden.

Einen ähnlichen Vorschlag hat unser französischer Genosse *Eduard Baillant* in der französischen Kammer ebenfalls noch vor Kriegsausbruch gemacht. Er stellte in der Kammer den Antrag, bewegliche Lohnsätze, die sich den jeweiligen Lebensmittelpreisen automatisch anpassen, festzusetzen. Damals scheiterten all diese Versuche an dem Widerstand der Unternehmer. Sie erklärten, die Preise nicht kalkulieren zu können, wenn sie nicht im voraus mit festen Löhnen rechnen könnten. Die gegenwärtige Revolution des Geldwertes macht diese Einwendung gegenstandslos. Denn bei den jetzigen Schwankungen der Kaufkraft ist es einfach eine unumgängliche Notwendigkeit, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Einklang mit den Kosten des Lebensunterhalts zu bringen. Will man nicht die Wirtschaftskämpfe zu einer dauernden Einrichtung machen, so muß eben ein solches System beweglicher Lohnzuschläge eingeführt werden. In normalen Zeiten könnten die Einwände der Unternehmer Beachtung finden. Heute sind die Aenderungen in der Kalkulation infolge der Wertänderungen des Geldes so bedeutend, daß ihnen gegenüber die Aenderungen infolge der Lohnschwankungen ganz in den Hintergrund treten. Vor allem aber: alle Einwände müssen zurücktreten vor der dringenden Notwendigkeit, die Arbeiter und Angestellten durch Sicherung des Reallohnes vor immer größerer Verelendung zu schützen.

Kürzlich hat Genosse *Dittmann* bereits darauf hingewiesen, daß die Engländer im besetzten Gebiet bereits den Versuch gemacht haben, ein solches System einzuführen. In *Dresden* hat die Regierung eine Industriekonferenz einberufen, in der zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen über diese Frage verhandelt wird. In Deutschland aber läßt die Regierung alles gehen, und von einer staatlichen Lohnpolitik ist bisher keine Rede. Selbst die notwendigen statistischen Unterlagen sind kaum noch über das Stadium der Vorbereitung hinausgekommen. Es regnet von

Mahnungen zur Arbeit und Warnungen vor Streiks. Aber daß das Arbeitsministerium, das vor allem dazu da wäre, endlich einmal einer vernünftigen Lohnpolitik Bahn zu brechen, erstlich an die Arbeit ginge, davon ist bisher weder etwas zu sehen noch zu spüren.

Und doch wäre es höchste Zeit, daß die Regierung aus ihrer Passivität herausträte. Die Arbeitslöhne sind infolge des Salusturzes heute in Deutschland die niedrigsten der Welt. Zugleich wird die Lebenshaltung unserer Arbeiterklasse eine stets schlechtere. Das kann unmöglich so weiter gehen. Will die Regierung die Arbeiterklasse nicht zu den schwersten Wirtschaftskämpfen zwingen, so muß sie dafür sorgen, daß die Löhne in Einklang mit den Lebensmittelpreisen gebracht werden. Tut sie es nicht, so werden schließlich auch die letzten Arbeiterschichten erkennen müssen, daß die „sozialistischen“ Minister nicht einmal die elementarsten wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse mehr zu vertreten wagen.

Parteitag der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands

4. Verhandlungstag

Nachmittagsitzung.

Zu einer sachlichen Richtigstellung bemerkt *DeJne-Halle*, daß der Bericht der Freiheit eine entstellte Wiedergabe seiner Rede enthält. *Wipinski* erhebt lebhaften Protest gegen die Ausführungen des *Gothaer Volksblattes*, das das Auftreten des Genossen *Friedrich Adler* aufs Abfälligste kritisiert habe.

Geithne-Gotha erklärt, daß nicht *Adler* angegriffen wurde, sondern daß die Stimmungsmache, die mit ihm getrieben werde, bekämpft worden sei. — Den Bericht der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm erstattet *Crispien-Berlin*. Er erläutert die einzelnen Abänderungen und bittet um einstimmige Annahme. In der Abstimmung wird das Aktionsprogramm in der nun vorliegenden Form einstimmig angenommen. Diese Abstimmung begrüßt der Parteitag mit lebhaftem Beifall. — Durch die Abstimmung sind alle zu dem Aktionsprogramm gestellten Anträge erledigt.

Nun erhält in Fortführung des dritten Tagesordnungspunktes der Genosse *Ledebour* das Wort: Den Unterschied zwischen den drei Resolutionen festzustellen, ist notwendig. In den Vordergrund meiner Resolution setze ich die Schaffung einer revolutionären Internationale der Tat im Gegensatz zu der vor dem Kriege florierenden Internationale der Diskussion. Der Genosse *Hilferding* trat mit äußerster Jaghaftigkeit in seiner Resolution an die Frage des Gehens nach Genf. Darin liegt der Gegensatz zwischen meiner und *Hilferdings* Resolution. Im Gegenteil, ich finde mich in völliger Uebereinstimmung mit *Stoeder*, daß wir unter keinen Umständen nach Genf gehen können. (Bravo!) Der Unterschied zwischen uns ist der, daß *Stoeder* wünscht, wir sollten uns der dritten Internationale anschließen, während ich die Schaffung einer revolutionären, umfassenden Internationale will. Für mich handelt es sich darum, ob wir den Anschluß vollziehen können, ohne die Sache zu schädigen. Die eine Tatsache ist die, daß die Kommunisten die revolutionären Parteien anderer Länder übergangen haben. Die andere Tatsache ist die, daß in den Reden und Beschlüssen der dritten Internationale eine scharfe sachliche und persönliche Bekämpfung unserer Partei enthalten ist. Wir haben auf Angriffe die Partei zu verteidigen. Ich habe ein starkes kameradschaftliches Gefühl, deshalb muß ich diese Angriffe auf uns zurückweisen. Solange wir Partei sind, haben wir Solidarität zu üben. (Bravo!) Ich befinde mich in einer scharfen, prinzipiellen Gegnerschaft zu *Kautsky*. Aber ein Gefühl der Uebelkeit überkam mich, als ich las, was *Denit* über *Kautsky* schrieb. Ich weiß nicht, ob ich immer mit *Kautsky* in einer Partei bleibe, aber ich werde ihm immer meine Achtung als dem verdienstvollen Kämpfer für den Sozialismus bewahren. Dem jüngeren Flügel der Partei ist die Entwicklung der Kriegsoption nicht so bekannt. *Zuerst* erschien das „*Unterchristenflugblatt*“, das hervorragend von *Karl Liebknecht* herrührte, erst dann erschien das Gebot der Stunde. *Ledebour* schildert die Zusammenkünfte in *Zimmerwald*, wobei er hervorhob, daß damals schon *Kautsky* und *Bernstein* mit den *Renaudel* und *Crumbach* zusammenkamen, während er, *Ledebour*, und andere mit den radikalen Genossen der anderen Länder zusammenkamen. Also es zeigte sich von Anfang an in der unabhängigen Partei zwei Strömungen hinsichtlich der Internationale. Aber die Konferenz im *Zimmerwald* war ja garnicht legitimiert, bindende Beschlüsse in der internationalen Frage zu fassen. Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat ihre revolutionäre Energie betätigt im Januarstreik 1918. Das war eine revolutionäre Tat. Das wissen die Herren in *Moskau*. Die Novemberrevolution 1918 wurde getragen von der unabhängigen Partei. Die Kommunisten spielten dabei eine untergeordnete Rolle.

Ledebour gibt dafür mancherlei Beispiele aus den Tagen kurz vor und nach der Revolution, besonders auch aus der Januar-Bewegung. *Ledebour* sagt: Ich bin jederzeit zur Arbeit

mit den Kommunisten bereit. Aber diese Verdächtigungen, an uns kein gutes Haar zu lassen, muß ich aufs schärfste zurückweisen. Die Verleumdungen, die in den Moskauer Beschlüssen enthalten sind, wären auch Verleumdungen gewesen, wenn unser Märzparteitag nicht gewesen wäre. Die Kommunisten wissen ganz genau Bescheid über uns, trotzdem diese Beschimpfungen. Die Kommunisten wollten eben eine kommunistische Internationale gründen, die ihrer eigenen Parteischablone entsprach. Sie haben einfach die Zimmerwalder Bewegung liquidiert, ohne dazu berechtigt zu sein. Die Ehre der Unabhängigen Partei steht zu hoch, als daß sie von diesen Anwürfen verlegt werden könnte. Diese Ehre kann nur von uns selbst verlegt werden. Das würden wir tun, wenn wir als Wachsacken nach Moskau gingen und dort anklopfen, ob man uns gütig hereinläßt. (Beifall.) Ledebour Definition des Ehebegriffs ruft Widerspruch hervor, den Ledebour unter stürmischer Heiterkeit des Parteitags zurückweist. Er führt weiter aus: Wenn ihr solchen Verleumdungen gegenüber doch in Moskau anklopfen wollt, dann befindet ihr eben einen Mangel an Selbstachtung. Das bedeutet nicht, daß wir nicht eine neue Internationale schaffen wollen mit Einschluß der russischen Genossen. Stoecker will, daß die Partei ohne weiteres sich Moskau anschließt, ohne daß die dortigen Beschlüsse geändert werden. Was ich vorschlage, ist eine gemeinsame Konferenz, wo wir als Gleichberechtigte mit den Moskauer Kommunisten und ihren Filialen zusammenstehen. Diesen Vorschlag können sie alle akzeptieren, ohne sich etwas an ihrer Ehre zu vergeben. Der Genosse Stoecker hat zum Terrorismus Ausführungen gemacht, die ich nicht un widersprochen lassen kann. Weil andre Leute Scheußlichkeiten begehen, kann ich sie bei uns nicht entschuldigen. Wir sind einer solchen Argumentation immer entgegengetreten. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß man keine unmoralischen Mittel gebrauchen darf, dann muß man das nicht umbiegen. Es handelt sich hier um folgendes: Nicht, was einzelne Privatpersonen aus verbrecherischem Instinkt tun, sondern was eine Regierung tut, um sich die Macht zu erhalten. Das tun die Bolschewiki heute. Wir Revolutionäre haben vor allen Dingen die Pflicht, diese Dinge nicht mitzumachen: die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, die Einsetzung von Kommissionen mit richterlichen Befugnissen, ohne daß den Angeklagten ein Schuß zusteht. Die moralische Entrüstung über das Moskauer-Regiment verwickeln wir, wenn wir den Terror der Bolschewisten anerkennen. Da gibt es kein Kompromiß. Trotzdem wollen wir mit den Moskauer zusammenkommen und dann werden wir ihnen das alles sagen. Ledebour schlägt eine Aenderung seiner Resolution vor dergestalt, daß die Angriffe auf die Kommunisten ausgemerzt werden. Wenn wir uns darauf einigen, meine Resolution mit den Aenderungen anzunehmen, damit eine Konferenz zusammenberufen wird, der alle revolutionären Parteien angehören, so ist das dann keine Konferenz der dritten Internationale, sondern eine Konferenz freier, gleichberechtigter Parteien. Ich verwahre mich dagegen, eine vierte Internationale machen zu wollen. Es ist mir eine Erleichterung, daß die Möglichkeit einer Einigung gefunden ist, genau so, wie wir uns auf das Aktionsprogramm geeinigt haben. Ein solcher einheitlicher Beschluß, dem auch die Anhänger Hilferdings und Stoeckers zustimmen können, wäre die beste Vorbedingung für die Schaffung einer wahrhaft revolutionären Internationale. Ich bitte Sie, stimmen Sie unter der Voraussetzung der Rundgebung der schwedischen Linkssozialisten meiner abgeänderten Resolution zu. Ledebour verliest ein Schreiben der russischen Kriegsgefangenen, daß angeht die Stimmungsmache gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen auf die Festhaltung der 200 000 russischen Kriegsgefangenen hinweist und die Unabhängige Partei ermahnt, alles dafür zu tun, um

den Russen die Heimkehr zu ermöglichen. Ledebour bittet nochmals um einigen Beschluß in der Frage der Internationale und schließt mit dem Dichterwort:

Es glüht noch eine Flamme,
es grünt noch eine Saat,
verzage nicht, noch bange,
im Anfang war die Tat.

(Vanganhaltender, stürmischer Beifall.)

Die Verhandlungen werden nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen auf Freitag vertagt.

Politische Rundschau

Deutschland

Der Marloh-Prozess

Als erster Zeuge wurde am 4. Verhandlungstag Leutnant von Hoffmann vernommen. Er sagte aus, daß er weder einen Befehl, noch eine Anweisung von Hauptmann v. Kessel erhalten habe, Marloh zur Flucht zu überreden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er aus eigenem Entschlusse Oberleutnant Marloh zur Flucht veranlaßt habe, verweigert der Zeuge die Aussage. Er verweigert ebenso die Aussage darüber, ob er Marloh am 2. Juni 5000 Mk. zur Flucht übergeben. Der Zeuge kann sich nicht entsinnen, daß Hauptmann von Kessel gesagt habe, Marloh solle verhaftet werden. Der Angeklagte Marloh erklärt, v. Kessel habe ihm folgendes gesagt: Marloh, lassen Sie sich sofort eine Prothese machen, Sie bekommen von mir einen Auslandspaß mit sehr viel Geld. Sie müssen unbedingt sofort verschwinden. Ich erklärte ihm darauf: Ich denke garnicht daran. Hauptmann v. Kessel wurde darüber sehr erregt und sagte: Dann sind wir von jetzt ab Feinde. Am 1. Juni erschien Lt. Hoffmann bei mir und warnte mich, ich solle verhaftet werden. Ich ging darauf zu Hptm. Kessel. Kessel herrschte mich an: Was machen Sie hier, scheeren Sie sich weg. Kurze Zeit darauf kam Lt. Hoffmann, brachte mir eine Fahrkarte 1. Klasse nach Frankfurt a. M. und 5000 Mk. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Herr von Kessel das Geld gegeben habe, verweigert der Lt. Hoffmann die Aussage. Marloh erklärt, daß er sich zur Abreise erst entschlossen habe, als Pfarrer Rump ihm erklärte, es sei seine dringende vaterländische Pflicht, seiner Verhaftung durch eine Flucht zuvorkommen. Marloh gibt noch an, daß Kessel ihm damals das Ehrenwort gegeben, es werde für ihn in auskömmlicher Weise gesorgt werden. Von den Versprechungen seien die meisten nicht innegehalten worden, er habe nur 10 000 Mk. bekommen. Der Generalleutnant von Derzen, ein früherer Regimentskommandeur Marlohs, war am 8. November von Pfarrer Rump zu einer gemeinsamen Besprechung mit Hauptmann von Kessel eingeladen worden. General von Derzen: Bei der Besprechung am 8. Nov. bei Pfarrer Rump hat Kessel sofort nachdem die Verhandlung eröffnet wurde, die Forderung erhoben, daß Marloh verschwinden müsse. Es liegt nicht im Interesse der höheren Dienststellen, daß der Prozess durchgeführt werde, es sei die vaterländische Pflicht Marlohs, zu verschwinden. Das sei die Meinung von Oberst Reinhard, der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, des Korps Litwiz, des Oberkommandos Roste. Diese Äußerung veranlaßte mich zu der Frage an Hauptmann v. Kessel, in wessen Auftrag er handle. Darauf antwortete Kessel: Ich habe einflussreiche Personen hinter mir. Desgleichen auch Finanzleute. Eine höhere diplomatische Persönlichkeit ist mit mir in Verbindung getreten. Darauf fragte ich nach dem Namen, weil sonst die Kesselschen Angaben keinen Wert für mich hätten. Ich setzte Herrn v. Kessel die Gründe auseinander, die mich veranlaßten, einer Flucht Marlohs zu widersprechen. Hauptmann v. Kessel hat u. a. gesagt, es unterliege gar keinem Zweifel, daß Marloh

ein hervorragender Offizier ist, der an jenem Tage bei der Erziehung auf Befehl gehandelt. Daraufhin konnte ich nur erklären, es liege in Marlohs Interesse, daß verhandelt würde. Ich konnte mir aber denken, daß Personen, die in die Sache verwickelt seien, nichts an der Verhandlung liege. Kessel kam immer darauf zurück, daß Marloh im vaterländischen Interesse verschwinden müsse. Ich konnte ein vaterländisches Interesse an der Flucht Marlohs nicht einsehen. Darauf hat sich Herr v. Kessel hin und her gewandt, er war sehr verlegen und kam nicht recht mit der Sprache heraus. Ich habe dann die ungeheuerliche Forderung von 500 000 Mark gestellt, in der Erwartung, daß Kessel diese entristet zurückweisen würde. Das ist aber nicht geschehen. Kessel hat sich in Verhandlungen über die Höhe der Summe eingelassen und 200 000 Mark geboten. Es ist unwahr, was Kessel gestern hier behauptet hat. Er hat nicht die Verhandlungen sofort abgebrochen. Ich kann nur sagen, daß Kessel in jener Konferenz einen außerordentlich ungünstigen Eindruck auf mich gemacht hat, weil er sich ständig hinter seinen Untergebenen versteckte, statt vor ihn hinzutreten und ihn zu decken. v. Derzen hatte den Eindruck, daß Kessel mit den Vorschlägen, Marloh ins Baltikum oder in das besetzte Gebiet nach Köln zu schicken, beabsichtigte, den lästig gewordenen Marloh zu beseitigen. Vors.: Sie haben nach Ihren Angaben also die Forderung von einer halben Million nur gestellt, um rascher zu Ende zu kommen? v. Derzen: Wider Erwarten brach Herr v. Kessel die Verhandlungen nicht ab. Er erklärte, er könne sich verbürgen, daß 200 000 Mark gezahlt werden würden. Vors.: Hat es nicht auf Sie den Eindruck gemacht, daß Kessel alles vorbrachte, um sich selbst zu decken, und daß das ganze mit den Regierungsstellen und den Finanzmännern nur ein großer Schwindel war? v. Derzen: Ich hatte den Eindruck, daß v. Kessel sich selber helfen wollte. Vors.: Soweit sind wir doch noch immer in unserem deutschen Vaterlande nicht, daß Regierungsstellen derartige ungeheuerliche Rechtsbrüche ohne weiteres vornehmen. v. Derzen: Ich habe zum Schluß der ganzen Unterhandlungen dem Hauptmann v. Kessel kein Wort mehr geglaubt. Ich habe ihn zuerst für einen Offizier von altpreußischer Tradition gehalten und sah mich in dieser Meinung gründlich getäuscht. Hauptm. v. Kessel behauptet von neuem, daß er im Juli von Pfarrer Rump ein Ultimatum, das eine Erpressung darstellte, erhalten habe. Nach der Unterredung mit Erzelenz v. Derzen bei Pfarrer Rump war dieser zum Kriegsgerichtsrat Meyer gegangen, um ihn vor einer neuen Flucht des Marloh zu warnen. Rechtsanwält Grünpach verfuhr durch verschiedene Fragen, hier Aufklärung zu schaffen. Es scheint, daß Kessel ein Doppelspiel schlimmer Art getrieben hat, sodaß sich Marloh und seine Angehörigen vor dem früheren Vorgesetzten und Kameraden fürchteten. Sie nahmen an, daß eine Befreiung Marlohs durch Kessel zu einer Lösung Marlohs gelegentlich der Flucht führen könnte, da die Würdigen bei der Niedrigkeit ihrer Gestattung nicht nur unbehagliche Kommunisten, sondern auch andere unbehagliche Menschen strupellos zu beseitigen bereit war. General v. Derzen gibt noch der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reinhardt'sche Befehl von Kessel nicht abgeschickt, sondern verschärft worden sei. Marloh hat sich Kriegsgerichtsrat Meyer gegenüber ehrenwörtlich verpflichtet, nicht zu fliehen. v. Kessel ließ sich von Kriegsgerichtsrat Meyer den Schein vorlegen, nachdem er Leutnant Weneyer vorher erklärt habe, er wolle sich überzeugen, ob das Ehrenwort nicht dehnbar sei und Marloh nach seiner Verurteilung fliehen könne. v. Kessel protestiert lebhaft, daß er von Marlohs Freunden bespitzelt worden sei. — Es werden dann verschiedene Mitglieder der Volksmarinebrigade und Angehörige der erschossenen Matrosen vernommen. Die Angaben über die Mißhandlungen der unglücklichen Opfer sind geradezu grauenvoll. Obwohl sich der Vorsitzende und der Anklagevertreter alle Mühe geben, auch

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

421

Sobald er Rosalinden ausschaltete — dann kam das Chaos — die Herrschaft, die Dirnenwillkür, als deren Fangball er von Verirrung zu Verirrung gerissen wurde.

Das war ihm sonnenklar. Aber hinderte diese Klarheit wohl, daß etwas — irgend etwas — zu tief in ihm jubelte: endlich — endlich frei! Endlich los vom Zwange!

Endlich frei. Frei? Wo zu? Hier — hier kam das große Schicksal. Frei — um in Hertas tausendmal schlimmerer Tyrannei abgewürgt zu werden.

So war's. So war's. Er durstete nach den Fußstapfen Hertas. Er lechzte danach, von ihr getreten zu werden.

Verzweiflungsvoll sah er's: Er war dieser Kreatur verfallen.

So oft er voll Empörung, Widerwillen sich von ihr losriß, ebenso oft zerrte es mit stählernen Stricken ihn wieder zu ihr zurück.

In den Fiebern dieser qualvollen Nacht enthüllte sich's ihm: Sie, Herta, war die Stärkere.

In Zwangserziehung hatte er sie bringen wollen. Sah! Wer, der so brennenden Durst leidet, zerschlägt denn den Becher in seiner Hand?

Was wird werden? Was wird bloß werden?

In Schweiß gebadet warf er sich ruhelos umher und lauschte mit gespannten Nerven auf irgendeinen Laut aus dem Nebenzimmer, in dem Rosalinde schlief.

Totenstille blieb es dort, wengleich Jordan durch die Wand hindurch zu sehen meinte, wie sein Weib, gleich wie er selbst, schlaflos lag, lang ausgestreckt, wie im Sarge, mit offenen, grauerfüllten Augen in die Finsternis starrte, aus der die Schreckbilder der nahen Zukunft gespensterhaft auftauchten.

Welche abgründige Leiden waren das? Nun eben Prüfungen, wie sie jedem Menschen auferlegt wurden.

An ihnen soll ja doch die moralische Kraft erprobt werden. Wo zu war man denn ein Christ, ein frommer Katholik, wenn die Religion und der Glaube nicht die Kraft geben sollten, sich aus solchen Konflikten und Gewissensverfrichtungen, aus Höllenversuchungen und Teufelslockungen zu befreien?

Wenn er morgen zur Beichte ging, seiner Gleichesfünde sich losprechen ließ — sollte er dann nicht die Kraft gewinnen, sich durchzukämpfen zu einer Abkehr von dieser Lockung und zur Rückkehr zur Pflicht und zur Ehrbarkeit?

Hieran zweifelte er. Denn auf der Seite der Moral und der Rechlichkeit dünkte ihn alles trost- und hoffnungslos, während unter Hertas

Sohlen die Blumen hervorprossen und der Weg zu ihr in leuchtendem Sonnengolde schimmerte.

Wo sie war, war die lockende Freude.

Wo sie nicht war, die Finsternis, das öde Grau — die Verzweiflung.

Nein — er konnte schon nicht mehr beten.

Denn — um was zu beten es ihn peitschte, das war nur beim Teufel zu haben.

Die reinen Mächte, die hatten seinem verworfenen Begehren nichts zu gewähren.

Aber man war doch kein Knabe, kein Kind.

Warum denn nur immer gleich mit dem harten Kopfe durch die Wand?

Bestand nicht die Welt, wie sie war, aus Kompromissen?

Du lieber Himmel — was — was begehrte er denn?

Das Mädels einmal die Woche eine Stunde zu sehen, zweimal die Woche. Dann war's ja gut.

Was hinderte denn solch ein sellenes und kurzes Bommwegetren, daß er — nach außen hin — blieb, der er war?

Wollte jeder reife Mann aus solchen Episoden immer gleich Familienkatastrophen machen — das würde nett werden!

Gleich die Frau verstoßen, das Amt quittieren — einreißen — umstürzen — das war so ganz seine überhitzte, unkluge Art.

Die Wissenden, die Gereisten, die mit dem Augurenlächeln um die Lippen, die wußten, daß alles im Leben nur Kompromiß war.

Man konnte sehr wohl seine unentbehrlichen, kleinen Erbsungen — im Geheimen — genießen, ohne deswegen alle Fundamente seines Lebens in die Luft zu sprengen.

Nur klug mußte man sein, ein Diplomat, aber kein Polterer und Hühlerkopf, der, ohne daß es Scherben gab, überhaupt keinen Schritt tun konnte.

Wo zu war man ein Fünzfziger, der das Leben kannte, bloß um wie ein Abiturient sich zu betragen?

Wußte die Frau, die erprobte, treue Lebensgefährtin, wirklich vor den Kopf gestoßen werden, weil ein junges Frauenzimmer einem den Verstand benebelte?

Hatte Herta nicht recht, daß sie ihn einen dummen Jungen nannte, als er ihrewegen von Frau und Amt sich lossagen wollte?

Tausendmal recht hatte sie. Im kleinen Finger lebensklüger war sie — das Dirnchen — als er, der beamtete Graukopf.

War ihm der Weg zu Herta von Zeit zu Zeit unentbehrlich geworden — nun gut, so sollte er ihn machen — deshalb brauchte ja doch noch nicht eine ausgewachsene Tragödie in Szene zu gehen, mit einem Einsturz am Schluß und Leichen in allen Ecken.

Nicht tragisch nehmen. Das war das Geheimnis.

Die leichte Hand, die Dinge anzupacken, die — die mußte er gewinnen. Deshalb — deshalb — in erster Linie Veröhnung mit Rosalinde — das war jetzt das Notwendigste.

Hoffentlich war dieser Riß noch zu heilen.

Darauf vertraute Jordan, und in diesem beruhigenden Gedanken schlief er endlich gegen den grauen Tag ein...

Mit dumpfem Kopf ging er am nächsten Morgen zum Dienst.

Rosalinde war nicht sichtbar geworden.

Zu aller Verwirrung der gestrigen Tage war nun noch der Konflikt mit der Frau hinzugekommen, während die gestrigen Phantastiken von Zwangserziehung und glatter Gewaltlösung des Sextaproblems in nichts zerfallen waren.

Wie lange er fest bleiben und Herta nicht aufsuchen würde, das wußte Jordan nicht. Aber daß er auf den leisesten Wink von ihr zu ihr zurückfliegen würde, darüber hatte er Gewißheit.

Er überfah mit Schaudern, in welches Schwanken er geraten war. So viele Tage, so viele Entschlüsse. Nichts bestand, kein Plan eines Ausweges ließ sich festhalten und durchführen. Nur das eine war zu erkennen — die wachsende Gewalt Hertas über ihn.

Obgleich das Mädchen alle Mienen springen ließ, ihn gewaltsam abzuschrecken, ja ihn abzuschütteln, so geriet er denn doch immer tiefer in ihre Gewalt.

Jetzt hatte sie sogar schon den Bruch mit Rosalinden verursacht. Er war erfolgt, obgleich Herta selbst dagegen gewesen und vor ihm gewarnt hatte...

Im Bureau fand Jordan neben den Akten einen Brief. Hochvornehmes Papier. Ein großes S in Prägedruck auf dem Umschlag. Die Adresse in einer feilen, eigenwilligen, großzügigen, hochmütigen Schrift.

Der Brief lautete:

„Die Unterzeichnete gibt sich die Ehre, den Herrn Staatsanwalt Jordan davon in Kenntnis zu setzen, daß sie nunmehr Nachodstraße 80, 3 Treppen, zu finden ist.

Dieser schleunige Umzug beweist, in welchem Grade der Unterfertigten die Befehle der Obrigkeit heilig sind.

Telephon: Kurfürst 11891.

Bitte nicht vor zwei Uhr nachmittags.

Sei kein Frosch und sieh dir die neue Höhle der Löwin an. Eine entzückende Bleibe hat sie nun. Sie macht ein paar Freudensprünge, wenn der Jordan zu ihr zurückfließt. Ihre Hügel hüpfen wie Lämmer.

Das Psalmodieren liegt hier in der Luft. Die ganze Atmosphäre hat etwas vom Bischof. Im Schlafzimmer gotische Spitzbögen — beinahe hätte ich Spitzbögen geschrieben.

Es riecht hier bei der Roten Emmy förmlich nach Bischof. Das mußst du schmecken. Und wär's nur einmal.

Ich — ein Krach mit dir ist für mich doch ein Hochgenuß! Komm. Komm und mach Krach. Eine Sekunde später bist du entlassen. Ich habe die Leute zu gern, die 'n bißchen Angst vor mir haben. Gläser und Flaschen werden entfernt. Dein Besuch wird also diesmal gar nicht lebensgefährlich sein. Diesmal nicht.

Also wann darfst du hoffen?

Deine treue Feindin

Herta.

(Fortsetzung folgt.)

hier die Wahrheit nach Möglichkeit zu freieren, gelingt es ihnen nicht, Tatsachen völlig zu verschleiern. Der Kommandeur der Soldatenwehr Müller und der frühere Kommandant von Berlin Klawunde machen Angaben über die Haltung der Matrosendivision in den Märztagen. Aus Müllers Ausführungen geht hervor, daß die Matrosendivision in ihrer Mehrheit völlig regierungsfreundlich war, nur ein kleiner Teil wurde durch die Herausforderung der Regierungstruppen in Kämpfe verwickelt und zu Aufrührern gemacht. Oberst Reinhard gibt nun eine rührende Darstellung von seinen Bemühungen, sich mit den Matrosen zu verständigen. Mit tränenerstickter Stimme spricht er von den glorreichen Zeiten, da die Kaiserliche Marine und Hochseeflotte noch die alte Disziplin hatte. Sehr interessante Enthüllungen macht Generalstabs-Offizier Spt. Schwabacher. Er fühlt sich durch die Angriffe der linksradikalen Presse gezwungen, aus seiner Reserve hervorzutreten. Nicht Marloh sei der Schuldige, sondern die Personen, die den Moskerlaß herausgebracht haben und für ihn die Verantwortung tragen. Es habe sich bei der jetzigen Regierung immer wieder die Neigung gezeigt, die schärfsten Maßnahmen zu treffen und dann die Verantwortung dafür den ausführenden Organen zuzuschieben. Besonders kennzeichnend für die Denkweise der höchsten Kommandostellen sei ein Eventualbefehl Noskes, der kurz vor der Unterzeichnung des Friedensschlusses in Versailles erzwungen wurde. Damals wollte Noske die Immunität der unabhängigen Abgeordneten antasten. Nur durch den Umstand, daß Noske nachher sich entschlossen, für den Friedensvertrag zu stimmen, ist dieser unglaubliche Befehl nicht zur Wirksamkeit gelangt. — General v. Derzen gibt zum Schluß dem Angeklagten Marloh ein „glänzendes Zeugnis“. Er meint, dieser stände ihm moralisch höher als die ganze jetzige Regierung! Bei der Bereidigung der Zeugen werden Hauptmann v. Kessel, Leutnant Hoffmann, Leutnant Behmeyer und Pfarrer Rump wegen des Verdachts der Mittäterschaft bezw. Begünstigung bei der Flucht (Urkundenfälschung) nicht vereidigt. Unter völliger Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen wird Oberst Reinhard zum Schwur zugelassen. — Die Beweisaufnahme wird geschlossen.

Das Urteil

Unter ungeheurem Andrang des Publikums wurde Dienstag mittag 1 Uhr 20 Minuten das Urteil gegen den Oberleutnant Marloh verkündet. Nach 1¼ Uhr betrat das Gericht, das seit 9 Uhr morgens getagt hatte, den Saal und der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Welt, verkündete folgendes Urteil:

- 1) Der Angeklagte wird von der Anklage des Totschlages freigesprochen,
- 2) wegen unerlaubter Entfernung aus dem Heere mit drei Monaten Festung und wegen Führung gefälschter Legitimationen mit 30 Mark Geldstrafe bestraft.

Verherrlichung der baltischen Meuterer

Die Nummer 119 des vom Reichswehrtruppenkommando Lüttich herausgegebenen Soldatenblattes Offene Worte ist, wie der Vorwärts feststellt, eine einzige Verherrlichung der baltischen Meuterer. Ihnen sind Leitartikel, Feuilleton, Illustrationen und ein Gedicht geweiht. Der Leitartikel gedenkt dankbar jener „ersten Freiheitskämpfer“. Das von ihm umrahmte Bild stellt die baltischen Meuterer als einen von Röttern gehegten Edeljüngling dar. Im Feuilleton wird das Detachement Kobach, das bekanntlich über die Grenze desertierte, geehrt und die Deserteure werden als „brave Jungen“ bezeichnet. Die Regierung muß sich folgendes sagen lassen:

„Von Heldentaten könnten wir berichten, aber wird man sie noch als Heldentaten ansehen? Sie geschahen ja gegen den Willen der Regierung. Ach! Sagen wir nur gegen den Willen der Entente.“

Die „offenen Worte“ werden von einem Offizierstellvertreter des Reichswehrtruppenkommandos redigiert und werden in einer Auflage von 100 000 Exemplaren verbreitet.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt dazu sehr treffend: Diese fortwährenden Feststellungen des Vorwärts werden allmählich geradezu läppisch. Seit Monaten bringt das Zentralorgan der Noskesozialisten schwere Anklagen gegen das Noskesystem, ohne daß seine eigenen Parteifreunde das geringste zur Verfolgung und Ahndung der monarchistischen Fremdlinge getan hätten. Im Gegenteil. Noch jedesmal wurde dem Konflikt ausgewichen und der Skandal vertuscht.

Rußland

Die russischen Friedensverhandlungen

Die Verhandlungen, die in Kopenhagen zwischen dem Vertreter der Sowjet-Regierung Litwinow und dem englischen Delegierten geführt werden, verdienen sorgsamste Beachtung. Zwar haben sie angeblich nur den Zweck, eine Verständigung über den Gefangenen austausch zustande zu bringen, aber selbst die schärfsten Proteste und Dementis der englischen und französischen Presse haben die Auffassung nicht unterdrücken können, daß in Kopenhagen weit größere Dinge zur Verhandlung stehen. Es war klar, daß sowohl die Sowjet-Regierung, die den Frieden für ihr arg gequältes Land haben möchte, als auch die englische Regierung, die fürchtet, daß ihr das Geschäft des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Rußlands entgehen könnte, die Gelegenheit, zu unverbindlichen Friedensverhandlungen zu kommen, nicht ungenützt vorübergehen lassen dürften. Diese naheliegende Vermutung ist durch die Tatsachen bestätigt worden.

Die Verhandlungen in Kopenhagen sind unterbrochen worden, weil angeblich der englische Delegierte neue Weisungen seiner Regierung einholen muß. Es wäre seltsam, wenn der englische Vertreter für die verhältnismäßig einfache Frage des Gefangenen austausches nicht genügend Vollmachten mitgebracht hätte. Die Kopenhagener Zeitungen stellen deshalb bereits übereinstimmend fest, daß er einen Friedensvorschlag der Bolschewisten mit nach Hause nehme. Die Geneigtheit zu Friedensverhandlungen mit Rußland ist bei fast allen Alliierten stark gewachsen, ernsthaft sträubt sich eigentlich nur noch Frankreich, das für den Verlust seiner in Rußland investierten Kapitalien fürchtet.

Der Oberste Kriegsrat in Paris rechnet bereits damit, daß in Kopenhagen Friedensverhandlungen sich andahnen werden und hat für diesen Fall beschlossen, anstelle des englischen Delegierten eine interalliierte Kommission nach Kopenhagen zu entsenden, damit diese die Friedensvorschläge der Sowjet-Regierung mit Litwinow berate. Die letzten Meldungen

über die Friedensbedingungen der Sowjet-Regierung, in denen den Randstaaten weitgehendste Autonomie, ja, volle nationale Selbständigkeit garantiert wird, sind den Engländern offenbar sehr unympathisch, da sie der englischen Randstaatenpolitik weitesten Raum gewähren. Sofern diese Randstaatenpolitik eine Nachahmung der ehemaligen deutschen Politik auf diesem Gebiet, ist sie für Rußland ebenso gefährlich, wie für Deutschland nachteilig. Die Randvölker, deren kulturelle und nationale Autonomie und gewisse nationale Selbständigkeit zwar unbedingt gesichert werden muß, sind wirtschaftlich als selbständige Staaten nicht existenzfähig. Wenn es nicht gelingt, sie wirtschaftlich auf ihre natürliche Basis — das russische Reich — fest zu verankern, so werden sie dem englischen und amerikanischen Einfluß verfallen und zu angelsächsischen Kolonien in Europa werden. Dadurch erhält der Kapitalismus ein neues mächtiges Bollwerk gegen den aus dem Osten andrängenden sozialistischen Gedanken, und man kann es sehr wohl verstehen, daß die bolschewistische Regierung sich deshalb nur sehr schwer dazu entschließen kann, ihre Ansprüche auf die Randstaaten aufzugeben.

Aufgabe der deutschen Politik wäre es gewesen, in dieser Hinsicht der bolschewistischen Politik entgegenzukommen und sowohl mit dem Sowjet-Rußland als mit den einzelnen Randstaaten eine Verständigung herbeizuführen. Dann wäre nicht nur die wirtschaftliche Einheit Rußlands erzielt, es wäre auch ein neues Eindringen des Kapitalismus verhindert, der Sieg des Sozialismus im Osten gesichert worden. Wenn mit Hilfe der Randstaaten dem Kapitalismus ein neues Einfallstor nach Rußland geöffnet wird, so trägt die Hauptschuld daran die Politik der deutschen Regierung.

In und um Elbing

Kommunale Sammelstellen für Frauenmilch

Vor einer Reihe von Jahren wies ein Kasseler Arzt auf den Ueberfluß an Muttermilch hin, den manche Frauen haben, und auf die sinnlose Verschwendung, die hiermit getrieben wurde. Er machte auch die ersten Versuche zu einer Organisation der Muttermilchverteilung. Jetzt hat eine Magdeburger Arztin, Dr. Kayser, in ihrer Stadt auch einen dergleichen Versuch unternommen, über den sie in der Münchener Medizinischen Wochenschrift berichtet (Nr. 41 vom 14. Novbr.). Auch dieser Versuch ist von vollem Erfolge gekrönt worden. Wie im Kasseler Falle wurden die Frauen, die einen Milchüberschuß aufweisen, durch ein Inserat gesucht, nur daß es in Magdeburg eine öffentliche Bekanntmachung war, die ohne Zweifel auch anderswo zu empfehlen ist. Es meldeten sich auch in Magdeburg eine ganze Reihe von Frauen, was um so erfreulicher festzustellen ist, als die Untereinander das Gegenteil vermuten lassen mußte. Wie Dr. Kayser bemerkt, scheint die Milchzeugung eher eine Sache der natürlichen Veranlagung als der Ernährung zu sein.

Die Magdeburger Arztin griff nun die zehn Frauen aus der Zahl der sich Meldenden heraus, die am günstigsten wohnten, da es sich ja nur um einen Versuch handeln sollte. Die Frauen gaben entweder die Milch umsonst ab oder sie erhielten dafür Lebensmittelzusatzkarten für Kaffee, Zucker und Butter. Ebenso wurde die Milch entweder unentgeltlich abgegeben oder gegen erhöhte Bezahlung, je nach der sozialen Stellung der Abnehmer.

Die erzeugte Milchmenge war im Juni 29 Liter, im Juli 49 Liter und im August 61 Liter. Ein Beweis für den Wert der Einrichtung als kommunale Fürsorgemaßnahme, da es sich hier ja nur um einen Versuch mit 10 Frauen handelte. Von dieser Milch wurden nun schwer ernährungsgestörte Kinder genährt, zum Teil auch dem Säuglingsheim Milch abgegeben. Auch wurden Versuche mit eingeweckter Frauenmilch vorgenommen, Versuche, die uns eine recht weite Perspektive eröffnen und uns ahnen lassen, welch wichtiges Gebiet hier noch der Ausarbeitung harret.

Aus der neuen Stadtverordnetenversammlung

Zwischen den beiden sozialistischen Fraktionen haben Verhandlungen wegen Bildung einer Arbeitsgemeinschaft stattgefunden. Diese führten zu einer Verständigung auf der Grundlage, daß jede Fraktion ihre Selbständigkeit behält. Beide Fraktionen sind verpflichtet, einander über wichtige Vorkommnisse zu unterrichten und auf der Grundlage des Kommunalprogramms gemeinsam vorzugehen. Ergeben sich irgendwelche Differenzen, dann ist die verschiedenartige Auffassung durch gemeinsame Aussprache zu klären. Mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft auf dieser Grundlage, die eine sozialistische Mehrheit in der Stadtvertretung sichert, ist ein wichtiger Schritt vorwärts getan. Wie wir weiter erfahren, wird die neue Stadtverordnetenversammlung am Freitag, den 19. Dezember zum ersten Male zusammentreten. Diese Sitzung wird die Wahl des Bureaus und die Bildung der Abteilungen vornehmen. Zur Zeit schweben in dieser Hinsicht Verhandlungen, die aber noch nicht spruchreif sind. Als sicher darf gelten, daß die U. S. P. den künftigen Stadtverordneten-vorsteher stellen wird.

An alle Genossen, die fremde Sprachen beherrschen

Es ist leider Tatsache, daß selbst die Mehrzahl der Genossen, die fremde Sprachen beherrschen, nur eine geringe Kenntnis der sozialistischen Parteien des Auslandes besitzen. Eingehenderes Studium scheidet meistens an den zu hohen Kosten. Um diese zu verringern, wird beabsichtigt, eine zwanglose Vereinigung zum gemeinsamen Bezug und Austausch fremdsprachiger sozialistischer Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu bilden. Genossen, die dafür Interesse haben, werden gebeten, ihre Adresse zu senden an Hans Brechenmacher, Berlin S 42, Ritterstr. 112.

Wohnungselend

Aus dem Leserkreis wird uns geschrieben: Ich suchte eine Wohnung, ging nach dem Mietvereinigungsamt und wurde vornotiert für eine Wohnung Sonnenstraße 25. Es wurde mir Bescheid gesagt, daß die Wohnung beschlagnahmt sei für eine Frau Neumann. Darauf ging ich zum Arbeiterrat hin und erfuhr, daß die Frau Neumann ihr Grundstück verkauft hat. Das verwerfliche an der Sache ist, daß Leute, die ihre Häuser verkaufen, Wohnungen erhalten und die Arbeiter auf die Wohnungsbaracken verwiesen werden. Ich erwarte, daß sich zu diesem Fall das Mietvereinigungsamt äußern wird. Ein anderer Fall. Da sucht jemand seit einem Jahr eine Wohnung. Bis heute ist es ihm noch nicht gelungen, eine zu erhalten. Seine Wohnung Junkerstraße 5 ist gesundheitschädlich. Das Wasser läuft von den Wänden. Trotz wiederholten Auffordern findet es der Wirt nicht für nötig, die Dachrinne zu reparieren. Auf schriftliche Aufforderung ließ das

Gesundheitsbauamt die Wohnung besichtigen und gab den Bescheid, daß der Wirt die Sache in Ordnung zu bringen hat. Ein Kind mußte aufs Land gegeben werden, damit es nicht in jungen Jahren der Proletarietkrankheit zur Beute fällt. Die Frau erwartet jeden Tag ihre Niederkunft. Das alles rührt den Wirt nicht. Er schafft keine Abhilfe. Dann schreit das Bürgertum, der Arbeiter sei unzufrieden, er wolle in Palästen wohnen. Ich bin der Meinung, daß den Häuserspekulanten solche Wohnungen zugewiesen werden müßten; dann würden sie künftig dem armen Arbeiter das Leben weniger schwer machen.

Warnnachrichten

Die bürgerlichen Zeitungen sind gegenwärtig wieder einmal voll von Warnnachrichten. Ultimatum der Entente, Befehl der Entente, Besetzung Effens, neuer Krieg, Aufteilung Deutschlands und anderes führen einen grauslichen Szenenablauf auf. Es kann nur die dringende Mahnung an jeden gerichtet werden, sich nicht wild machen zu lassen. Die Staatskunst der gegenwärtigen deutschen Regierung kann gewiß kein Vertrauen erwecken. Der Entente aber wäre mit der Aufnahme neuer Feindseligkeiten und der „Teilung“ Deutschlands nicht im mindesten gedient. Sie wird sich sehr wohl überlegen, was sie tut. Ein Beweis dafür, daß die „Zuspitzung der Lage“ in der Hauptsache Zeitungsgeschrei ist, ist eine Erklärung Bonar Law's im englischen Unterhause.

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Bonar Law: Zwischen den verbündeten Regierungen und der deutschen Regierung finden Verhandlungen im Hinblick auf die sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages statt. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Ein anderes Zeichen dafür, daß in den Ententeländern die Bäume auch nicht in den Himmel wachsen, ist das in den letzten Tagen erfolgte Sinken des englischen und vor allem des französischen und belgischen Geldes. Daß aus Deutschland auch bei einem neuen Kriege nicht mehr als jetzt herausgepreßt werden könnte, wissen die englischen und französischen Staatsmänner ganz gut. Die neuen Differenzen werden sich ohne Krieg lösen und Aufgabe der Presse sollte es sein, die Dinge sachlich zu beurteilen, statt jede Sensationsmeldung kritiklos zu übernehmen. Davon aber sind die bürgerlichen Zeitungen leider weit entfernt, da sie noch immer mit ihren alten Mitteln arbeiten.

Einschränkungen im Paketverkehr vor Weihnachten

Für die Zeit vom 13. bis einschließlich 26. Dezember treten wie in den Vorjahren im Paketverkehr wegen der gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnisse Beschränkungen ein. Zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 Mk. und über 100 Mk.) werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen. Das Verlangen der Eilbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen. Dringende und Einschreibepakete werden während der angegebenen Zeit von Privatpersonen nicht angenommen.

Einbrüche auf der Kolonie

Bei dem Lehrer Bludau in der Hauptstraße brachen in der letzten Nacht Diebe ein und holten ihm drei Schweine und eine Anzahl Hühner aus dem Stalle. Wahrscheinlich die gleichen Spitzbuben staketen in derselben Nacht dem Gastwirt Norgall in der Alten Welt einen Besuch ab und entwendeten ebenfalls eine Anzahl Hühner. Einem Genossen sind 15 junge Obstbäume ausgegraben worden. In diesem Fall dürfte es sich um einen häßlichen Racheakt handeln.

Ostdeutsche Nachrichten

Unsicherheit in Danzig

In Danzig sind in der letzten Zeit eine Reihe schwerer Bluttaten verübt, die das Sinken der öffentlichen Moral erschreckend zeigen. Ein Hilfschaffner Tim hat seine Frau erwürgt und im Stall vergraben. In Langfuhr ließ eine Frau ihren Mann durch ihren Geliebten ermorden. Beide Fälle sind aufgeklärt und die Schuldigen verhaftet.

Einen tragischen Abschluß fand am Sonnabendabend in Danzig eine Feier des Vereins „Nebertafel“ im Wertpfeishause. Gegen Schluß der Veranstaltung um etwa 11½ Uhr, kam es zu einem Streite zwischen einigen Mitgliedern und dem Vorstände, der in Tätlichkeiten ausartete. Plötzlich zog einer der Anwesenden einen Revolver und gab einen Schuß ab, der den Hilfsmonteur Johann Kraag niederstreckte. Die Kugel war R. in den Kopf gedrungen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Am Sonntag früh wurde in der Hätergasse 24 ein gewisser Hermann Schülz, wohnhaft Schildlich, Unterstraße Nr. 3, mit einem Unterleibschoß aufgefunden und in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Auch er ist das Opfer einer Schießerei geworden, deren nähere Umstände zur Zeit noch nicht aufgeklärt sind.

In der Nacht zu Sonntag kam es auf dem Langenmarkt zu einem Feuertreffen. Dort widersetzte sich ein Mann seiner Verhaftung, indem er mehrere Schüsse aus nächster Nähe auf den Schutzmann Hermann Ohlenburger abgab und diesen am Oberschenkel verwundete. Die Wache der Sicherheitswehr im Rathaus nahm sofort die Verfolgung des Täters auf. Die Flucht des Täters ging durch das Grüne Tor über die Grüne Brücke, die Milchtauengasse entlang. Dicht vor der Milchkannenbrücke stellte sich ihm eine Nachtpatrouille der Sicherheitswehr entgegen, auf die der Flüchtling mehrere Schüsse abgab, worauf diese ebenfalls von ihrer Waffe Gebrauch machte und den Täter festnahm. Der Verhaftete hatte eine Verwundung am rechten Oberschenkel davongetragen.

Am Montagabend erfolgte an der Ecke Rater- und Fleischerstraße ein Zusammenstoß zwischen einem älteren Mann und zwei Beamten der Sicherheitswehr. Nach der Darstellung der Danziger Zeitung soll der Mann Passanten mit einem Dolch bedroht haben. Darauf wollten die Beamten den Mann festnehmen. Als sich nun der Hilfswachtmeister Wolf ihm näherte, um ihn zu entwaffnen, erhielt er einen Stich in die Brust, so daß er sofort zusammenbrach. Der ihn begleitende Hilfswachtmeister Heilmann, unterstützt durch zwei Reichswehrsoldaten, überwältigte nummehr den Täter und brachte ihn zur Sicherheitswache in der Wiebentkaserne, von

wo aus seine Ueberführung ins Gerichtsgefängnis bewirkt wurde. Der Zustand des verwundeten Hilfswachtmeisters ist beforgniserregend.

Vor dem Kriegsgericht

Der Musikant Paul Scheffler, jetzt Bureangehilfe in Tschel, stand in Graubenz bei der Infanterie. Während des Krieges war er drei Jahre lang in russischer Gefangenschaft und kam krank zurück. Nachdem er hier aus dem Lazarett entlassen war, wurde er zu seinem Truppenteil entlassen. Als er den zweiten Tag Dienst tat, wurde vom Feldwebel in seiner Stube Marmoreitschaft angefangen und die Soldaten sollten sofort Waffen und Munition in Empfang nehmen. Scheffler aß sein Frühstück und will geglaubt haben, daß er für diesen Dienst nicht kommandiert werden könne. Er wollte jedenfalls erst frühstücken. Deshalb verweigerte er den Gehorsam und blieb auch dann dabei, als ihn der Kompagnieführer aufforderte. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu drei Wochen Mittelarrest. Der Angeklagte legte Berufung ein und machte geltend, daß er sich in einem erregten Zustande befunden habe und nicht recht wußte, was er tat. Seine Nerven seien angegriffen. Das Oberkriegsgericht milderte die Strafe auf 14 Tage Mittelarrest.

Er nahm die Betten mit

Der Fürsorgezögling, Bäckerlehrling Albert Rathke in Danzig logierte sich mit einem anderen Mann in ein Danziger Hotel ein. Am nächsten Morgen verschwanden die beiden und nahmen die Betten in zwei Säcken mit. Rathke hatte sich vor der Strafkammer zu verantworten, die ihn wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis bestrafte.

Von nah und fern

Wer sich in Gott erbauen will,
muß Koks mitbringen

In der Hamburger Presse war dieser Tage folgende Einladung zu lesen:

Herzliche Einladung zum Jahresfest des Vereins für Innere Mission und Volksmissionsabend am Sonntag, den 16. November, im großen Saal des Christlichen Vereins junger Männer. Pastor Haade: Einleitende Andacht; Pastor Becken: Jahresbericht; Pastor Lucht: Allgemeines Priestertum; Pastor Andresen: Schlußwort. Mitwirkung eines Posaunenchores und eines gemischten Chors. — Der Saal wird geheizt, doch wird gebeten, ein Kilo Koks mitzubringen, das am Saaleingang abzugeben ist.

Den Altkas weltbekannter Spruch, daß alles schon dagewesen sei, ist hier Lüge. Daß fromme Jungfrauen und Jünglinge zur inneren Erleuchtung eingeladen werden und selbst Koks mitbringen sollen, das ist noch nicht dagewesen.

Ausbruch aus einer Strafanstalt

Aus der Glückstädter Strafanstalt sind vor kurzem 25 Strafgefangene ausgebrochen. Drei wurden in Glückstadt, sechs in Elmshorn wieder ergriffen.

Gewerkschaftliches

Rückkehr zur Akkordarbeit

In den letzten Tagen haben sich die Arbeiter der Nordseewerften für die Akkordarbeit entschieden. Sie ist in Hamburg bei Blohm und Bock, auf der Reichsfliegwerft, in den Werkstätten der Hamburg—Amerika-Linie und der Vulkanwerft eingeführt worden. Ebenso auf den Kieler, Bremer und Lübecker Werften.

Ergänzungswahl zum Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes

Die Ergänzungswahlen zum Hauptvorstande des deutschen Metallarbeiterverbandes sind nun vollzogen. Die Ortsverwaltung Stuttgart des Verbandes hatte nach dem Statut zu den auf dem Verbandstage gewählten neuen besoldeten Vorstandsmitgliedern, zehn unbesoldete (Arbeiter aus der Fabrik) Vertreter hinzuzuwählen. Der Wahl dieser Vertreter ging die Wahl zur Generalversammlung der Stuttgarter Ortsverwaltung voraus. Diese Generalversammlung war zusammengesetzt aus 500 Mitgliedern der Opposition und 200 der alten Gewerkschaftsrichtung. Die Vertreter der U. S. P. hatten für sich allein die absolute Mehrheit. Zu Mitgliedern zum Hauptvorstand wurden gewählt: Neun Vertreter der U. S. P. und ein Mitglied der K. P. Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes besteht nunmehr aus fünfzehn Mitgliedern der U. S. P., drei Mitgliedern der K. P. und einem Mitglied der R. P. Die Redaktion der Deutschen Metallarbeiterzeitung ist mit zwei Mitgliedern der U. S. P. besetzt.

Die Generalversammlung, die die Wahl zum Hauptvorstand vornahm, hat zugleich die alten Ortsverwaltungsbeamten abgesetzt und an ihrer Stelle zwei Mitglieder der U. S. P. und ein Mitglied der K. P. zu diesen Ämtern ernannt. In Zukunft sollen die Ortsbeamten alljährlich einer Neuwahl unterworfen sein.

Aus den Gerichtssälen

Ein Jahr Gefängnis für Flugblattverbreitung

Der 26 Jahre alte Schlosser Karl Sieber aus Weimar war der Förderung eines auf gewaltsame Abänderung der Reichsverfassung abzielenden Unternehmens und der Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander, begangen durch Verbreitung zweier Flugschriften, angeklagt.

Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Angeklagten nur wegen „Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander“ zu einem Jahre Gefängnis. Diese Tat ist begangen durch die am 14. August in Weimar erfolgte Verbreitung eines kommunistischen Flugblattes mit dem Titel „Der Soldat am Scheidewege“.

Literatur.

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nummer 48 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift Der Sozialist enthält folgende Beiträge: Die politische Seite der Affäre Glarz von Rud. Breitscheid; Zum Parteitag von Eugen Prager; Die Notwendigkeit einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft von Heinrich Ströbel; Hygienische Maßnahmen im Sowjetrußland von Max Hobann.

Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag S. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 6 Mark zu beziehen. Preis der Einzelnummer 60 Pfennig.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die
Elbinger Volksstimme
Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,
frei Haus — von der Abholestelle
(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:

Bohnort:

Straße:

An unsere Postbezieher!

Abonnements auf unsere Zeitung werden bei jeder Postanstalt entgegengenommen!

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnicki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Bekanntmachung.

Mit dem 11. Dezember 1919 wird aus dem bisherigen Mieteinigungsamt ein Wohnungsamt abgefordert. Die Geschäftsräume des

Wohnungsamtes

befinden sich „Am Lustgarten 10“ neben dem Standesamt. Das Wohnungsamt ist für den Verkehr mit dem Publikum von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet. Das Wohnungsamt bearbeitet den Nachweis, die Beschlagnahme und Zuteilung von Wohnräumen, sowie die Einsprüche gegen die Beschlagnahmeverfügungen.

Die übrigen Angelegenheiten werden, wie bisher, von dem

Mieteinigungsamt,

Friedrich Wilhelmplatz 11/12, bearbeitet.

Elbing, den 11. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Kartoffelhändler.

Es wird daran erinnert, daß die Kartoffelhändler allwöchentlich am Donnerstag ihren Kartoffelbestand Herrn Kaufmann Arthur Matz anzugeben haben. Die Bestandsanzeige hat künftig Donnerstag vormittags zu erfolgen.

Elbing, den 10. Dezember 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Auktion.

Heute, Donnerstag, d. 11. d. Mts., 10 Uhr vorm., werde ich im Auftrag mit Genehmigung Brückstraße 27 im Laden

versch. Stemmeisen, Färbänder, Holzschrauben, Dunggabeln, Einlaßschlüssel, versch. Ketten, Drahtstifte, Schlüssel, Baumsägen, Hobeisen, u. v. a. m. öffentlich meistbietend versteigern.

Jakob Rosenthal,

Auktionator und gerichtl. vereid. Taxator
Sturmstraße 9, II.

Versammlungskalender

Achtung! Deutscher Metallarbeiter-Verband. Freitag, den 12. Dezember, abends 5 Uhr, im Volkshaus: **Erweiterte Ortsverwaltungssitzung.**

Dienstag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr im Volkshaus, großer Saal: **Branchenversammlung der Schlosser.** Ohne Mitgliedsausweis kein Eintritt.

Die Branchenleitung.

Verborge u. verkaufe

neue und gebrauchte Fahrräder, Sprechapparate, Schallplatten und Nähmaschinen.

Beste Weihnachts-Geschenke

billig! M. Krüger, Junkerstraße 30.
Sämtliche Reparaturen schnell und sauber.

Stadtheater Elbing

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Gastspiel des Herrn John Köver-Königsberg

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Donnerstag, den 11. Dezemb.: **Rindervorstellung**

Der gestiefelte Kater.

Ein Weihnachtsmärchen für die Bühne bearbeitet in 5 Bildern von Sigmund Haag.

Freitag, den 12. Dezember: **Die Faschingsfee.**

50—100 Mk.

zahle ich demjenigen, der mir die Täter nachweist, welche mir in der Nacht vom 9. zum 10. d. Mts. die Bäume aus meinem Garten gestohlen haben.

Plenkos, Querstraße 5.

Lichte

Baumstamm

Wunderkerzen

Seifen

Baumlichte

sehr billig.

J. Grabowsky

Fischerstr. 27.

Soxlet's Nährzucker

Ramogen

Lebertran-Emulsion

Ovomaltine.

Natsapothek

Schmiedestr. 3.

Als passende

Weihnachts-Geschenke

empfeilt:

Photographie-, Poesie- u. Postkartenalben, Briefkassetten und Karten — Schreibzeuge, Petschafte, Brieföffner Die neusten Romane sowie Bilder- u. Märchenbücher, Erzählungen für junge Mädchen, Unterhaltungsspiele u. s. w. wie bekannt gut und billig

A. L. Schönberg Nachflg.

H. Gilardoni

Papierhandlung. — Fischerstrasse 5.

Gummibälle,

Fußbälle, Fußballblasen,

Jugendchriften, Bilderbücher,

Unterhaltungsspiele, Schach, Salta u. sowie Spielanleitungen für Spiel und Sport

empfeilt bei größter Auswahl

R. Lengning, Fischerstr. 20/21.

Rudolf Ullrich, Elbing

Ferruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfeilt

Subbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

Taschenlampen

und Batterieen

stets frisch am Lager.

Georg Schmidt,

Wasserstraße 87.

Kautabak

in Rollen

frisch eingetroffen

Georg Cohn, Junkerstr. 45 u. Johannisstr. 16.

Drucksachen

in nur geschmackvoller sauberster und moderner Ausführung bei kürzester Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei

Elbinger Volksstimme

Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Weihnachtsbäume

in allen Größen, solange der Vorrat reicht, zu haben

Hochstraße 2.

Kluge Eheleute, Frauen

verlangt kostenlos illustr. Aufl. Preislisten vom

Sanitätshaus E. Golde, Torgau (Elbe.)

Ein großer Posten

Risten,

verschiedene Größen, werden billig verkauft am Sonnabend nachmittags von 3 bis 5 Uhr.

Leichnamstr. 33, Hof.

Hämorrhoiden

heilt „Hämorrhoid“. Broschüre m. ärztl. Gutachten u. vielen Dankschr. gratis.

Reichert'sche Apotheke, Elbing 9

Anzug (Mittelfigur)

zu verkaufen

Restaurant „Gerichtshallen“.

M. Zimmer

für geschlossene Gesellschaft zu vergeben.

Restaurant „Gerichtshallen“.